

AUSGABE 3 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städte wollen Kindergrundsicherung bundeseinheitlich und unbürokratisch aus einer Hand

Städte fordern dauerhaftes Konzept zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten

Galeria Karstadt Kaufhof:
Was kommt nach den Schließungen?

Fördermillionen für Ukrainehilfe von deutschen Städten mit ukrainischen Partnern

AUS DEN STÄDTEN

Podcast „Das GEhört sich so“ der Stadt Gelsenkirchen feiert Geburtstag

Projekt zu sozial gerechtem Klimaschutz mit Bonn, Dortmund, Heidelberg, Ludwigsburg

FORUM

Klimaschutz aus der Luft:
Thermografie-Befliegung Münster

Interview mit dem neuen RGR-Generalsekretär Mathieu Mori

Städte wollen Kindergrundsicherung bundeseinheitlich und unbürokratisch aus einer Hand

Die Städte haben an die Ampel-Koalitionäre appelliert, sich sehr bald über die Kindergrundsicherung zu verständigen und damit Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Die Städte werden tatkräftig an der Umsetzung mitarbeiten für eine Familienunterstützung aus einem Guss. Die Städte empfehlen die Leistung bundeseinheitlich und unbürokratisch aus einer Hand durch die Bundesverwaltung auszuzahlen.

Nach einer virtuellen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 23. März, an der Bundesfamilienministerin Lisa Paus teilnahm, sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig: „Die neue Kindergrundsicherung soll zum Meilenstein gegen Kinderarmut werden. Das ist richtig und wird von den Städten unbedingt unterstützt. Wir brauchen Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Es muss für jedes Kind

möglich sein, gut ausgestattet die Schule zu besuchen, gemeinsam mit Gleichaltrigen Sport zu treiben, Theater zu spielen oder bei Vereinen mitzumachen. Tatsächlich lebt etwa jedes fünfte Kind in Familien mit Armutsrisiko und ist von sozialen Transferleistungen abhängig. Seit Corona ist die Benachteiligung von armen Kindern noch offensichtlicher geworden. Die Lösung liegt nicht in einem weiteren Förderprogramm, sondern wir brauchen eine Familienunterstützung aus einem Guss. Dieses Versprechen der Ampel muss jetzt konkret werden, damit das neue System bis 2025 kommen kann.“

Die Kinderarmut steigt gerade in den Städten immer weiter an. Besonders Familien mit geringen Einkommen, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose sind angesichts der aktuellen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln überfordert. Deshalb muss

Foto: Irina Schmidt, stock.adobe.com



Foto: Michael Bader



„Wir brauchen Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Es muss für jedes Kind möglich sein, gut ausgestattet die Schule zu besuchen, gemeinsam mit Gleichaltrigen Sport zu treiben, Theater zu spielen oder bei Vereinen mitzumachen.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

das Gesetz für die Kindergrundsicherung sehr bald auf festen Füßen stehen.

Bei der Kindergrundsicherung wird es neben einem Basisbetrag für alle Kinder und Jugendlichen einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag für hilfebedürftige Familien geben. Deshalb müssen viele Ämter und Behörden zusammenarbeiten, damit bisherige Zahlungen zusammenfließen können. Dazu gehören Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelleistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII. Und es wird Schnittstellen geben müssen zum Unterhaltsvorschuss, zum Wohngeld und zum Jobcenter. „Einkommensarme Familien brauchen Unterstützung, die verlässlich und einfach zu beantragen ist. Es ist richtig, das bisherige Zuständigkeitsdickicht zu lichten und den Familien das Beantragen der familienunterstützenden Leistungen zu erleichtern. Die Kindergrundsicherung als reine Geldleistung sollte bundeseinheitlich und unbürokratisch aus einer Hand durch die Bundesverwaltung ausgezahlt werden. Und sie muss einfach, verständlich und online zu beantragen sein, damit sie alle Familien erreicht und unnötige Bürokratie in der Verwaltung überflüssig wird. Dafür brauchen wir ein gut geplantes Konzept. Die Eckpunkte der Familienministerin zeigen schon in die richtige Richtung. Jetzt muss sich die Bundesregierung dazu zügig abstimmen“, so Jung. Die Vorbereitung dieser Verwaltungsreform wird

eine große Kraftanstrengung werden, da Bund, Länder und Kommunen ihre bisherigen Sozialleistungen für Familien zusammenführen müssen. Das müsse gut vorbereitet werden, damit es gelingt.

Genauso wichtig für eine gute Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen sei die soziale Infrastruktur vor Ort, macht der Vizepräsident deutlich: „Die Städte sorgen schon heute für die soziale Infrastruktur, um Kinder und Jugendliche zu fördern: in Kita und Schule und mit weiteren Bildungsangeboten, in der ambulanten und stationären Jugendhilfe, in Jugendtreffs und Sportvereinen. Kinder können auf städtischen Spiel- und Sportplätzen toben und sich bewegen, ins Schwimmbad gehen oder die Bibliotheken nutzen. In den Jobcentern gibt es Beratungsstellen für Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. In Krisensituationen erhalten Kinder und Jugendliche und ihre Eltern Hilfe und Unterstützung vor Ort. Vor allem in der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern gibt es noch erheblichen Ausbaubedarf, der die Kommunen extrem fordert. Für diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben müssten sie als verantwortlicher Jugendhilfeträger stärker in die Verabredung strategischer Ziele zwischen Bund und Ländern eingebunden und dann auch stärker finanziell unterstützt werden.“

Städte fordern dauerhaftes Konzept zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten

Die Städte appellieren an Bund und Länder, die Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten nicht weiter auf die lange Bank zu schieben. Die Städte stehen zu ihrer humanitären Verantwortung und sorgen mit der Integration von Geflüchteten nach Kräften weiter für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne Unterstützung kommen viele Kommunen aber zunehmend an ihre Grenzen. Bund und Länder sind jetzt in der politischen Verantwortung. Wir brauchen ein langfristiges und dauerhaftes Konzept zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten und ein Finanzierungsmodell von Bund und Ländern, das sich steigenden Flüchtlingszahlen anpasst.

Nach einer virtuellen Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 23. März sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster: „Das Bund-Länder-Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai kommt sehr spät. Viele Städte sind bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zunehmend am Limit. Jeder Tag ohne klare Zusagen, auch finanzielle, bringt die Städte weiter in Bedrängnis.“

Dauerhaftes Konzept für Unterbringung und Integration notwendig

Mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen ist wichtig. Aber Geld allein wird den Städten bei den aktuellen Herausforderungen nicht helfen. Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine hat gezeigt, dass sich die Zahl von Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, schnell und dynamisch entwickeln kann. „Bei neuen Fluchtbewegungen darf nicht jedes Mal wieder ein langwieriges Verhandlungs-Ping-Pong zwischen Bund und Ländern beginnen. Wir brauchen endlich ein umfassendes und

dauerhaft gültiges Konzept für die Unterbringung, aber auch für die Integration von Geflüchteten. Kurzfristig eine Unterkunft für immer mehr Schutzsuchende zu finden, ist schon eine große Herausforderung. Es geht aber um viel mehr. Es geht um Kita- und Schulplätze, Wohnraum, Personal in den Ausländerbehörden, Personal für Integrationsaufgaben. Diese Integrationskosten sind bei den Geldern, die von Bund und Ländern bei den Städten ankommen, bisher mit keinem Cent eingepreist“, so Lewe.

Bund-Länder-Treffen muss Startschuss für langfristiges Konzept geben

Beim Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz am 10. Mai müssen sowohl kurzfristige und schnelle Hilfen für die Kommunen auf die Tagesordnung als auch erste Gespräche über ein dauerhaftes und langfristiges Konzept zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten. „Wir können keine weiteren kommunalen Flächen oder Gebäude für die Unterbringung mehr aus dem Hut zaubern. Die Länder müssen deshalb ihre Aufnahmekapazitäten deutlich ausbauen und dauerhaft vorhalten. Aber auch der Bund muss in einem abgestimmten Konzept mit Ländern und Kommunen eigene Unterbringungskapazitäten zur Erstaufnahme aufbauen. Außerdem wissen wir jetzt schon, dass die im vergangenen Jahr zugesagten Mittel des Bundes von 1,5 Milliarden Euro für die Geflüchteten aus der Ukraine und die Verstetigung der allgemeinen flüchtlingsbezogenen Pauschale von 1,25 Milliarden Euro für dieses Jahr nicht reichen werden. Die Städte brauchen dringend zusätzliche finanzielle Zusagen der Bundesregierung“, so Lewe.

Gleichzeitig muss vom Bund-Länder-Treffen auch das Signal ausgehen, dass ein Pro-



Geflüchtete aus Gambia Algerien und Tunesien beim Sprachunterricht (Foto: Frank Gärtner, stock.adobe.com)

zess für ein langfristiges und dauerhaftes Konzept zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten gestartet wird. In diesen Prozess müssen auch die Städte einbezogen werden. „Die Arbeitsgruppen, die nach dem zweiten Migrationsgipfel bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser eingesetzt worden sind, haben bisher keine echten Fortschritte bei den Themen Unterbringung und Finanzen, Integration und Rückführung gebracht. Die kommunalen Spitzenverbände haben ihre Anliegen klar formuliert und eingebracht. Wir müssen jetzt zu konkreten gemeinsamen Ergebnissen kommen. Und es muss vereinbart werden, wie nach Abschluss der Arbeitsgruppen noch nicht gelöste Fragestellungen weiterbearbeitet werden sollen“, sagt Lewe.

Finanzierungsmodell finden, das sich steigenden Flüchtlingszahlen anpasst

2022 sind mehr Geflüchtete nach Deutschland gekommen als jemals zuvor – vor allem aus der Ukraine. Aber auch die Zahl der Asylsuchenden aus anderen Staaten steigt wieder deutlich an. „Was nicht steigt, ist die finanzielle Unterstützung, die bei den

Städten ankommt. Den Städten ist nicht geholfen, wenn sie eine feste Summe X bekommen und dann im Laufe des Jahres trotz steigender Flüchtlingszahlen schauen müssen, wie sie klarkommen. Wir brauchen Planungssicherheit“, sagt Lewe. Deshalb sei es gut, dass die Ministerpräsidentenkonferenz in der vergangenen Woche vereinbart hat, mit dem Bund über ein Finanzierungsmodell zu sprechen, das sich den steigenden Flüchtlingszahlen anpasst und das bis Ende 2021 galt: Im sogenannten Vier-Säulen-Modell gab es vom Bund neben der vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft auch eine Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke, Mittel für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und eine 670-Euro-Kopfpauschale. Dieses Modell hat sich grundsätzlich bewährt.

Nicht zuletzt müsse auch die Verteilung der Geflüchteten und Asylsuchenden in Europa besser gelingen. „Unser Appell an die Bundesregierung ist klar: Wir brauchen in dieser Frage endlich feste Vereinbarungen auf europäischer Ebene für eine faire Verteilung. Auch das würde die Städte in Deutschland entlasten“, so Lewe.

Galeria Karstadt Kaufhof: Was kommt nach den Schließungen?

Diese Frage richtete die taz aus Berlin am 24. März an Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass 47 Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof schließen sollen und welche Städte und Standorte es wohl betreffen würde. Das sagte Helmut Dedy:

In vielen Städten wird nach den Kaufhaus-Schließungen eine andere Innenstadt kommen. Eine, die nicht nur vom Einkaufen, sondern von mehr Aufenthaltsqualität geprägt sein wird. Wenn wir uns anschauen, dass unter 30-Jährige zum Shoppen praktisch nicht mehr in die Innenstadt gehen, dann zeigt sich, dass wir neue Perspektiven brauchen. Die Situation bei Galeria Karstadt Kaufhof beschleunigt also einen Prozess, der ohnehin stattfindet: den Umbau der Innenstädte. Momentan ist da häufig zu viel Parkplatz, zu viele Flächen sind versiegelt, es ist zu wenig Grün da und zu wenig Leben. Also zu wenig Dinge, die ein Gefühl von „Hier will ich sein“ schaffen.

Nun gibt es bei diesem Transformationsprozess natürlich Hürden. Eine große: Die Immobilien gehören in der Regel nicht der Stadt selbst. Im besten Fall gehört einer Inhaberin oder einem Inhaber der selbst

geführte Laden direkt, im ungünstigsten Fall ist zum Beispiel ein australischer Finanzinvestor der Eigentümer. Und dem ist ziemlich egal, was in einer mittelgroßen deutschen Stadt passiert, der will einfach nur seine Rendite. Als Stadt muss man also verschiedene, teilweise sich widersprechende Interessen und Perspektiven zusammenbringen: die Immobilieneigentümer, die Händler vor Ort, aber vor allem auch die Menschen, die die Innenstadt nutzen. Deshalb ist das Wichtigste: eine Idee. Eine Idee dafür, was ich als Stadt und Gesellschaft eigentlich tun will mit diesen unheimlich attraktiven Flächen.

Und wenn ich sage, ich will mehr Grün haben und weniger Beton, ich will weniger Autos und Parkplätze, aber dafür etwas Wasser und Orte, die für Belebung sorgen – vielleicht eine Kita oder auch Wohnungen – dann kann ich damit arbeiten. Die Kernfrage sollte sein: Wo fühlen wir uns wohl? Und in der Regel fühlen wir uns da wohl, wo auch andere Menschen sind, wo Leben ist. Wir müssen also einen Raum schaffen, über den die Menschen sagen: Hier möchte ich gerne sein.

Zum Artikel in der taz:

➔ <https://taz.de/!5920429/>

Eine Computergrafik vom „Osnabrücker Ding“: Hinter diesem Projektnamen vereint sind neue Freizeit- und Arbeitsangebote wie Co-Working, Start-ups, Pop-Up-Stores, Events, Fitness, E-Sport- und Gaming. Als Ankermieter ist die Uni Osnabrück eingeplant. (Grafik: Visual Invest)





Svenja Schulze (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem VKU am 14. März (Foto: Sebastian Rau, photothek.de)

Fördermillionen für Ukrainehilfe von deutschen Städten mit ukrainischen Partnern

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gibt weitere 25 Millionen Euro um partnerschaftliche Hilfen von deutschen und ukrainischen Kommunen, Kliniken und Wasserwerken zu stärken. Um den Wiederaufbau in der Ukraine zu unterstützen, hat die Bundesregierung Ende März außerdem eine neue Plattform gestartet. Dort sollen sich aktive Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Deutschland und der Ukraine vernetzen können. Entwicklungsministerin Svenja Schulze bezeichnete den erfolgreichen und effizienten Wiederaufbau einer freien und europäischen Ukraine als eine „Mammut-Aufgabe, die Regierungen alleine nicht schultern können.“ Dafür seien gesamte Gesellschaften gefragt, so die Ministerin.

Zu den zahlreichen Angeboten, über die auf der Plattform informiert wird, gehören die Partnerschaftsprogramme des BMZ, darunter 135 Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen. Die Kommunen konnten mit Unterstützung des BMZ zahlreiche Hilfslieferungen durchführen, etwa für medizinische Produkte, Löschfahrzeuge, Generatoren oder Koch- und Heizgeräte. Weitere acht Partnerschaften zwischen

Wasserwerken aus Deutschland und der Ukraine arbeiten daran, dass die Wasserversorgung und Entsorgung in der Ukraine auch in Kriegszeiten weiter funktioniert. Dreizehn sogenannte Klinikpartnerschaften versorgen ukrainische Krankenhäuser mit medizinischen Geräten und Trainings – unter anderem in den Bereichen psychische Gesundheit, Traumatologie und Notfallmedizin.

In den vergangenen Wochen und Monaten hatte es mehrfach einen intensiven Austausch und direkte Gespräche zur Unterstützung der Ukraine zwischen dem Bundesentwicklungsministerium von Ministerin Svenja Schulze, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband kommunaler Unternehmen und weiteren Beteiligten gegeben. Dazu gehörte auch ein Treffen mit der Ministerin am 14. März. Dabei hatten die kommunalen Spitzenverbände und der VKU ihre Bereitschaft zur Hilfe bekräftigt, aber auch ihren Wunsch nach einer verbesserten Koordination der Hilfsleistungen geäußert.

➔ www.ukraine-wiederaufbauen.de



Podcast „Das GEhört sich so“ der Stadt Gelsenkirchen feiert Geburtstag

Vor einem Jahr hat die Stadt Gelsenkirchen als eine der ersten Stadtverwaltungen in Deutschland die erste Folge ihres Podcasts „Das GEhört sich so – Der Gelsenkirchen-Podcast“ veröffentlicht. Damit betraut sind von Anfang an zwei Mitarbeiterinnen aus dem Referat Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, Katharina Fleissner und Anne Bolsmann. Rückblickend auf das einjährige Jubiläum berichten beide von einem überwiegend positiven Feedback der Bürgerinnen und Bürger. Der Recherche-Aufwand der 30- bis 60-minütigen Podcast-Episoden sei aber auch nicht zu unterschätzen.

Insgesamt sind bisher acht Episoden erschienen: historische Themen aus Gelsenkirchen als Zeitreisen, neue Projekte der Stadtentwicklung in Experteninterviews vorgestellt, große Pläne im Bereich Klima und Mobilität technisch erklärt oder auch Ideen für die Freizeitgestaltung.

Rund alle zwei Monate erscheint „Das GEhört sich so – Der Gelsenkirchen-Podcast“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen. Er ist außerdem in Ton und Text abrufbar auf www.gelsenkirchen.de/podcast



Foto: Caro Seidel

Wildbienen „unter die Flügel“ greifen: Saatgutaktion in Würzburg

Die Stadt Würzburg schenkt ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Saatgut für private Blühflächen in Würzburg. Die Aktion richtet sich an alle, die auf ihren privaten Flächen im Stadtgebiet eine Blühfläche ab 25 Quadratmeter anlegen möchten, um für Bienen und Insekten ausreichend Nahrung zu sichern oder wichtige Lebensräume und Trittsteinbiotope für Tier- und Pflanzenarten zu schaffen. Die Aktion läuft, solange der Vorrat reicht. Sie geht mittlerweile ins fünfte Jahr.

www.wuerzburg.de/stadtlichgruen

Foto: Kathrin Köhnl



Düsseldorf berät EU in Nachhaltigkeitsfragen

Die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt hat in Brüssel über ihre Erfahrungen bei der Verwirklichung der 17 weltweiten Nachhaltigkeitsziele gesprochen. Zu den Nachhaltigkeitszielen, den „Sustainable Development Goals“ (SDGs), gehören etwa die Bekämpfung von Armut, die Geschlechtergleichheit und der Klimaschutz. Die Europäische Union will in einem Nachhaltigkeitsbericht darstellen, wie sie durch ihr Handeln und ihre Beschlüsse nachhaltige Entwicklung in Europa unterstützt. Die Veröffentlichung ist für den Sommer geplant. Die 17 Nachhaltigkeitsziele wurden im Rahmen der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt im Bereich Nachhaltigkeit gibt es hier.

➔ www.duesseldorf.de/nachhaltigkeit

Projekt zu sozial gerechtem Klimaschutz mit Bonn, Dortmund, Heidelberg, Ludwigsburg

Das Projekt trägt den Namen INCLU:DE und ist auf zwei Jahre angelegt. Es wird betreut von ICLEI, einem weltweiten Netzwerk von Kommunen für nachhaltige Stadtentwicklung. Im Kern steht die Frage, wie sich bei Klimamaßnahmen soziale Belange berücksichtigen lassen. Gerechte und inklusive Klimaschutzmaßnahmen sollen skalierbar gemacht werden und es geht um eine strategische Anpassung zwischen lokaler Klimapolitik und Gerechtigkeitspolitik. Die Erfahrungen der deutschen Städte werden der Öffentlichkeit und anderen Städten als Lernbeispiele zur Verfügung gestellt. INCLU:DE wird von der Stiftung Mercator unterstützt und soll bis Mitte des Jahres 2025 dauern.

➔ <https://t1p.de/SozialerKlimaschutz>

TITELFOTO

Kiel ist bundesweit erste „Zero Waste City“



Das Zertifikat „Zero Waste City“, also „Null-Abfall-Stadt“, bekam die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt für ihre Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft. Verliehen wurde es nach intensiver Prüfung vom Netzwerk Zero Waste Europe.

Um „Zero Waste Certified City“ zu werden, hat Kiel zwischen 2019 und 2020 in Zusammenarbeit mit über 450 Kielerinnen und Kielern und mit Unterstützung des Wuppertal Instituts das 270 Seiten starke Zero Waste-Konzept entwickelt. Darin sind seither mehr als 100 Maßnahmen zur Abfallvermeidung in Kiel festgeschrieben. Die Maßnahmen betreffen die Bereiche Abfallsystemumstellung, private Haushalte, Bildungseinrichtungen, öffentliche Verwaltung sowie Gewerbe, Handel und Events. Durch ihre Anwendung möchte Kiel die Gesamtabfallmenge pro Kopf pro Jahr bis 2035 durchschnittlich um 15 Prozent reduzieren und die Restabfälle bis 2035 halbieren.

In drei Jahren wird in einem Audit geprüft, ob Kiel weitere Maßnahmen zur Abfallvermeidung entwickelt hat. Dem europäischen Netzwerk Zero Waste Europe haben sich aktuell über 450 Kommunen angeschlossen.

➔ <https://t1p.de/ZeroWasteCertifiedCity>

(Foto: Landeshauptstadt Kiel, Joachim Kläschen)

Klimaschutz aus der Luft: Thermografie-Befliegung Münster

Wer in Münster wissen möchte, ob das eigene Hausdach gut oder schlecht gedämmt ist und wieviel Wärme darüber verloren geht, kann auf einem Wärmefoto nachschauen. Das bekommen alle Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die in der Stadt eine Immobilie besitzen. Mit persönlichen Zugangsdaten haben sie Zugriff auf ein Webportal, wo sie das Wärmebild ihrer Immobilie abrufen können. Pro Immobilie in der Stadt steht ein Wärmebild zum Download bereit. Wer möchte, bekommt außerdem eine Interpretationsanleitung. Sie hilft dabei, die verschiedenen Farbgebungen auf dem Wärmebild zu deuten und den energetischen Zustand des Daches einzuschätzen.

Datengrundlage: Die Flüge über der Stadt

Die Grundlagen für das Wärmebildportal stammen von Thermografie-Befliegungen über der Stadt. Eine mit einer speziellen Wärmekamera ausgestattete Propellermaschine flog dafür im Januar 2021 in drei Nächten über Münster und nahm Wärmebilder von der Dächerlandschaft auf. Zugleich kontrollierte sie dabei die 120 Kilometer langen Fern- und Nahwärmeleitungen der Stadtwerke Münster. Für die Flüge mussten die meteorologischen Bedingungen passen. Zu den Voraussetzungen gehören Trockenheit (kein Niederschlag, Nebel, Dunst, Schnee, etc.), Kälte (maximal 5°C), geringe Windgeschwindigkeiten (weniger als 4-5 m/sec), ein wolkenfreier Himmel und eine geringe Luftfeuchtigkeit. Mit einer Flughöhe von ca. 500 m bis 1.000 m beflog eine kleine Propellermaschine das gesamte bebaute Stadtgebiet sowie die Fernwärmeleitungen der Stadtnetze Münster. Die Maschine überstriefte in 86 Fluglinien und im Abstand von 240 m eine Fläche von ca. 180 km². In der eng bebauten Innenstadt hatten die Fluglinien einen Abstand von 120 m. Eine Wärmebildkamera ermittelt währenddessen die Temperatur der Dachoberflächen von privaten und öffentlichen Immobilien.

Datenauswertung: Eine Wärmekarte der Stadt

Im Anschluss an die drei Flüge wurden die aufgenommenen Fotos und Daten ausgewertet. Dafür wurden die Einzelbilder zu einem großen Wärmebild für das Stadtgebiet Münster zusammengesetzt. Mittels eines Geländemodells wurde dieses große Wärmebild dann geometrisch entzerrt und mit den Daten des Liegenschaftskatasters verknüpft. Die Anwendung dieses geografischen Informationssystems ermöglichte es im Anschluss, für jedes bebaute Grundstück bzw. für jedes Gebäude das jeweilige Wärmebild zu erstellen. Die Auflösung der Bilddateien betrug lediglich 25 cm pro Pixel. Diese grobe Rasterung lies eine Identifizierung von Einzelpersonen nicht zu. Deshalb war der Datenschutz zu keiner Zeit ein Problem.

Ab Herbst 2021 wurden die einzelnen Wärmebilder dann in ein passwortgeschütztes Webportal hochgeladen. Und ein Jahr später, ab Januar 2022 wurden dann die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer angeschrieben und über die Abrufmöglichkeiten der kostenfreien Wärmebilder informiert. Nach Eingabe der Zugangsdaten können sie seither die individuellen Wärmebilder sowie eine Interpretationshilfe abgerufen. Das alternative Anfordern der Bilder auf postalischem Wege ist grundsätzlich möglich. Die Erstellung, die Auswertung und das Zusenden der Wärmebilder sind für die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer kostenfrei. Ausschließlich Hauseigentümerinnen und -eigentümer können die Bilder ihrer Immobilie einsehen.

Der Nutzwert: gezielte Sanierungen und Energieeinsparungen

Mit den Thermografieaufnahmen können Stadt, Eigentümerinnen und Eigentümer, Gewerbetreibende und Unternehmen Wärmeverluste entdecken, die durch nicht oder schlecht gedämmte Gebäudedächer entstehen. Ein Ziel des Projektes war es,

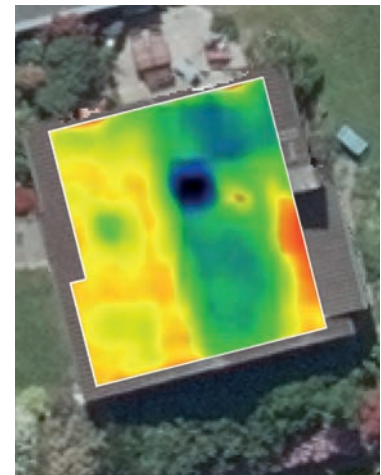


links: Wärmebild der Innenstadt. Das Bild wurde aus Datenschutzgründen verfremdet und lässt keinerlei Rückschlüsse auf den tatsächlichen energetischen Zustand einzelner Gebäude zu. (Foto: Stadt Münster)

unten: Einfamilienhaus mit unterschiedlichen Schwachstellen in der Wärmedämmung. (Foto: Stadt Münster, Wärmebild Thermografie: Hexagon)

ganz unten: Eine Nachtaufnahme von Münster, entstanden mit der Spezialkamera, die Wärmebilder von Gebäuden erstellt. (Foto: miramap)

Gespräch mit dem Piloten, im Hintergrund der Thermografieflieger, im Vordergrund der Bildschirm der Wärmebildkamera. (Foto: Stadt Münster)



die Stadtbevölkerung für energetische Fragestellungen zu sensibilisieren, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer über Möglichkeiten der Energieeinsparung genau zu beraten und sie bei Sanierungs- und Energieeinsparmaßnahmen gezielt zu unterstützen. Mit Hilfe der Wärmebilder lässt sich jetzt genau ermitteln, an welchen Gebäuden energetische Nachrüstungen sinnvoll sind, um langfristig den Energieverbrauch und die Heizkosten zu senken. Die Stadt Münster bietet außerdem kostenfrei eine Einstiegs-Energieberatung an.

Im Frühjahr 2022 erhielten 41.500 Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer in Münster Wärmebilder vom energetischen Zustand ihres Gebäudes. Die zur Verfügung gestellten Wärmebilder von Hausdächern riefen rund 60 Prozent der von der Stadt angeschriebenen Eigentümerinnen und

Eigentümer ab (Privathaushalte, Unternehmen sowie öffentliche und kirchliche Immobilienbesitzer), insgesamt sind das mehr als 25.000 Downloads. Auf Basis der Bilder führte die Stadt Münster in der Zeit von Februar 2022 bis Ende Dezember 2022 über 2000 kostenlose Energieberatungen durch. Ziel des Projektes war es, nicht nur das Dach auf Energiesparpotenziale zu prüfen, sondern das gesamte Gebäude in den Fokus zu nehmen.

➔ www.thermodatenabruf-muenster.de



Die ukrainischen Delegierten erwarten, dass wir da sind, wenn der Krieg zu Ende ist

Interview mit dem neuen RGRE-Generalsekretär Mathieu Mori



Der Franzose Mathieu Mori ist seit Anfang des Jahres neuer Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat. Sabine Drees, Hauptreferentin des Deutschen Städtetages sprach für „Städtetag Aktuell“ mit ihm über Wahlbeobachtungen und Monitoring-Missionen zum Zustand der lokalen und regionalen Demokratie in Europa und die Unterstützung für die Ukraine.

Städtetag Aktuell: Lieber Herr Mori, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Aufgabe als Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas und zur ersten erfolgreichen Durchführung der 44. Plenarsitzung. Bei meiner ersten Frage geht es um die Wahlbeobachtung in Berlin. Im Kongress wurde die Beobachtung der Wiederholung der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 sehr gelobt, über 60 Zeitungen haben darüber berichtet. Sind Wahlbeobachtungen das neue Kerngeschäft des Kongresses?

Mathieu Mori: Die Wahlbeobachtungen und Monitoring-Missionen zum Zustand der lokalen und regionalen Demokratie sind gleichermaßen wichtig. Aber die Wahlbeobachtung in Berlin beispielsweise, an der ich auch teilnehmen durfte, hat den Kongress außer-

ordentlich bekannt gemacht. Darüber habe ich mich gefreut. An dieser Stelle möchte ich der Stadt Berlin ein Kompliment aussprechen für die sehr professionelle Unterstützung.

Städtetag Aktuell: Neben Wahlbeobachtungen hat der russische Angriffskrieg eine große Rolle in der vergangenen Woche gespielt. Herr Mori, was kann der Kongress tun, um die Ukraine in der Zukunft nach dem Krieg zu unterstützen?

Mathieu Mori: Zurecht erwarten die ukrainischen Delegierten, dass wir da sind, wenn der Krieg zu Ende ist. Seit 2014 hat die Ukraine im Übrigen große Fortschritte gemacht im Hinblick auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Dezentralisierung. Mit Beginn des Krieges letztes Jahr ist dieser Schritt wieder in die andere Richtung verkehrt worden. Es hat einen Prozess zu einer rigorosen Zentralisierung gegeben. Die erneute Dezentralisierung in der Zukunft wird sicherlich die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie in der Ukraine weiter stärken.

Städtetag Aktuell: Der Kongress als Institution hat am allerschnellsten Russland als Mitglied ausgeschlossen nach Ausbruch des Krieges. Wie wollen Sie in Zukunft mit Russland umgehen? Was ist die Rolle des Kongresses?

Mathieu Mori: Wieso in Zukunft? Wir fangen jetzt und sofort an mit Besuchen in Weißrussland zum Beispiel, um die Verbindungen zu weißrussischen Politikern zu verbessern, zu denjenigen die gegen diesen Krieg sind. Viele Russen sind vor dem Krieg geflohen und befinden sich jetzt im Exil. Auch innerhalb Russlands gibt es Regimekritiker. Dies ist eine sehr schwierige Aufgabe, die wir behutsam angehen müssen.

Städtetag Aktuell: Herzlichen Dank für das Gespräch

Förderaufrufe des New European Bauhaus

Die EU-Kommission macht auf zwei neue Förderaufrufe des New European Bauhaus (NEB) aufmerksam. Als transdisziplinäre Initiative wird das NEB von mehreren EU-Förderprogrammen unterstützt, die sich in ihren Bereichen ergänzen. Ein Förderprogramm mit 40 Millionen Euro legt den Fokus auf Stadtbegrünung und Renaturierung für die Stadterneuerung, auf die Widerstandsfähigkeit gegen Klimafolgen und auf die Klimaneutralität. Die Einreichungsfrist endet am 27. April 2023

➔ <https://t1p.de/EU-Foerderprogramm-1>

Ein anders Förderprogramm mit 10 Millionen Euro Gesamtbudget legt den Fokus auf Vorzeigeprojekte für erschwingliche Wohnviertel, die das Konzept des Neuen Europäischen Bauhauses anwenden. Einsendeschluss ist hier der 20. April 2023

➔ <https://t1p.de/EU-Foerderprogramm-2>

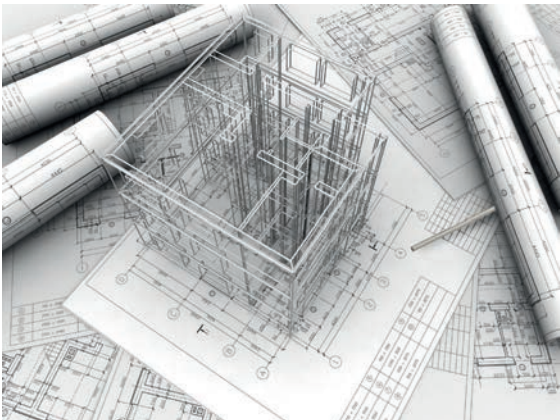


Foto: ArchMen, stockadobe.com



Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen können

Pandemie, Extremwetter, Fluchtzuwanderung: Der Umgang mit Krisen setzt Kommunen immer öfter unter Druck. Wie können sie sich auf künftige Ereignisse vorbereiten und widerstandsfähiger werden? Eine neue Publikation des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) will Kommunen nun Anhand von Fallbeispielen Hilfestellungen dazu geben und Ansätze zeigen, wie sich die urbane Widerstandskraft gegen Krisen stärken lässt.

➔ www.difu.de/17811

Bewerberstädte gesucht für Tag der offenen Tür in Brüssel

„Frieden – Demokratie – Solidarität“ ist das Thema des interinstitutionellen Tages der offenen Tür der EU am 6. Mai 2023 in Brüssel. Zu diesem Tag können Städte sich beim Europäischen Ausschuss der Regionen für die Teilnahme an einer Ausstellung bewerben, und auf der Bühne präsentieren. Möglich ist außerdem eine Darbietung auf einer gemeinsamen Bühne. Städtebewerbungen sind online möglich bis spätestens 27. März 2023 über ein englisch sprachiges Formular:

➔ <https://t1p.de/europeday>

Deutscher Städtetag



Foto: Hagen Schmitt Photography Stuttgart

Gesundheitsausschuss: Bei der Frühjahrssitzung des Gesundheitsausschusses wurde **Dr. Alexandra Sußmann**, Sozialbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart, zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Sie ist seit 2020 Mitglied im Ausschuss und wird den Vorsitz im Sommer antreten, wenn ihr Vorgänger **Stefan Majer**, Stadtrat und Dezernent der Stadt Frankfurt am Main, in den Ruhestand geht.



Foto: Stadt Frankfurt am Main

Majer ist seit 2017 Mitglied im Ausschuss und übernahm 2019 den Vorsitz des Gesundheitsausschusses. In die Zeit seines Vorsitzes fiel die Corona-Pandemie, in der der Gesundheitsausschuss ganz besonders gefordert war. Unter anderem waren in zusätzlichen Videokonferenzen der Erfahrungsaustausch und die Vorbereitung der Positionierungen des Deutschen Städtetages verstärkt gefragt und die Zusammenarbeit zwischen den Städten wurde in dieser Krisenzeit intensiviert. Daneben wurde die gesamte Bandbreite des Gesundheitsbereichs mit städtischem Bezug intensiv begleitet. Dazu gehörten unter anderem die Gesundheitsförderung und Prävention, die gesundheitliche Versorgung für alle Personengruppen und in allen Stadtteilen, der Infektionsschutz, weitere Fragestellungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und auch der Bereich von Prävention und Hilfen im Bereich von Sucht- und Drogen.

Neu im Amt



Foto: Anja Köhne

Kassel: Neuer Oberbürgermeister von Kassel wird **Dr. Sven Schoeller** (Bündnis 90/Die Grünen). Er wird sein Amt im Juli antreten und folgt auf Christian Geselle, der nicht zur Stichwahl antrat. Der Sozialdemokrat steht seit 2017 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2017 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



Foto: Stadtverwaltung Kaiserslautern

Kaiserslautern: Beate Kimmel (SPD) ist zur neuen Oberbürgermeisterin von Kaiserslautern gewählt worden. Die Sozialdemokratin wird das Amt am 1. September antreten und folgt auf Klaus Weichel, der nicht mehr zur Wahl antrat. Der Sozialdemokrat leitet seit 2007 die Geschicke der Stadt.



Memmingen: Jan Rothenbacher wird neuer Oberbürgermeister von Memmingen. Der Sozialdemokrat trat sein Amt am 21. März an und ist Nachfolger von Manfred Schilder (CSU). Schilder war seit 2017 Oberbürgermeister der Stadt Memmingen.



Foto: www.frankpreuss.de

Bürgermeisterin **Bettina Weist** aus Gladbeck feiert am 2. Mai ihren 55. Geburtstag. Die Sozialdemokratin steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Gladbeck.



Foto: Pressebild/privat

Mainz: Neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz wird **Nino Haase** (parteilos). Er ist seit 22. März 2023 im Amt. Er folgt auf Michael Ebling, der nun Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz ist. Der Sozialdemokrat stand seit 2012 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagierte sich seit 2014 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Frankfurt am Main

Frankfurt am Main: Zum neuen Oberbürgermeister von Frankfurt am Main wurde **Mike Josef** gewählt. Der Sozialdemokrat tritt das Amt im Mai an. Zurzeit ist er Stadtrat bei der Stadt Frankfurt am Main für das Dezernat Planen, Wohnen und Sport. Er folgt auf Peter Feldmann.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de